

Wetter: 5° bis 13°

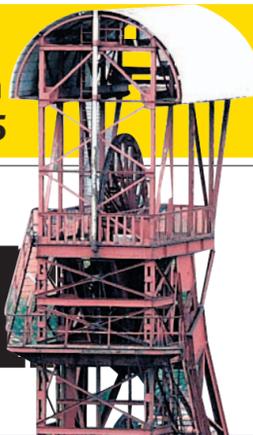
Der November zeigt sich anhaltend sonnig



Rembrandt Suermondt-Ludwig-Museum zeigt Radierungen ► Kultur



Sophia-Jacoba Hückelhoven nach dem Aus der Zeche ► Seite 5



# Aachener Nachrichten

ÜBERPARTEILICH · UNABHÄNGIG

Freitag, 11. November 2011 · 67. Jahrgang · Nummer 262

www.an-online.de

1,10 Euro

## Bundestag prüft umstrittene Parteispenden

Düsseldorf. Die Parteispenden der Projektentwickler des umstrittenen Landesarchiv-Neubaus im Duisburger Innenhafen werden jetzt auch den Bundestag beschäftigen. Ein Sprecher der für die Parteienfinanzierung zuständigen Bundestagsverwaltung bestätigte gestern auf Anfrage der „Nachrichten“, dass die Spenden der beiden Essener Immobilienunternehmer Stephan Kölbl und Marcus Kruse an CDU und SPD wegen möglicher Verstöße gegen das Parteiengesetz überprüft würden. Eine solche „Sachverhaltsklärung“ werde routinemäßig eingeleitet, wenn es „Anhaltspunkte“ für Verstöße gegen das Parteiengesetz gebe. (jn)

## Ein Land zwischen EM-Vorfreude und Korruption

Kiew. In gut sieben Monaten möchte sich die Ukraine als guter Co-Gastgeber der Fußball-EM inszenieren. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Das Land manövriert sich politisch mehr und mehr ins Abseits. Demonstrationen beherrschen seit Wochen das Stadtbild Kiews. Auslöser war die Verurteilung der Oppositionsführerin Julia Timoschenko. Immer lauter melden sich Zweifler zu Wort, die nicht glauben, dass der Ukraine mit der EM ein wichtiger Schritt in Richtung Europa gelingt. Denn der Alltag bestehe aus Korruption und Gewalt. (an) ► Die Seite drei/Sport

## Schwarz-Gelb gibt Doppelpass keine Chance

Berlin. Die Opposition ist mit ihren Plänen gescheitert, das Staatsangehörigkeitsrecht zu reformieren. Der Bundestag lehnte gestern einen Gesetzentwurf der SPD ab, nach dem in Deutschland geborenen Kindern ausländischer Eltern ein Doppelpass gewährt werden sollte. Auch Vorstöße von Grünen und Linken für leichtere Einbürgerungen fanden keine Mehrheit. Damit müssen sich auch weiterhin in Deutschland aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr entscheiden, ob sie Deutsche bleiben und damit die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern abgeben wollen. Wenn sie diese behalten, verlieren sie die deutsche. (dpa)

## Tod auf der Straße ist vermeidbar

Wie der Verkehrsminister die Zahl der Unfalltoten weiter senken will

Berlin. Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat ein Ziel: Höchstens 2300 Verkehrstote im Jahr 2020. Ein Maßnahmenpaket soll den Trend zum sicheren Verkehr stabilisieren. Bei dessen Vorstellung erinnerte der Minister gestern daran, wie schlimm es früher war: „1970, im bisher schwärzesten Jahr der Unfallstatistik, waren 21 332 Todesopfer zu beklagen.“ Fragen und Antworten zum Paket:

### Wie ist die Situation bei den Verkehrstoten derzeit?

2010 wurden 3648 Menschen getötet – der tiefste Wert seit Beginn der Unfallstatistik 1953. Aber: Die Zahl der Unfälle mit Sachschäden stieg um sechs Prozent auf 2,12 Millionen, bei 288 300 Unfällen gab es Verletzte.

## Hier ist sie: Unsere Zeitung für die Kinder!



Mathilda und Jakob haben gestern schon mal reingeschaut. Und ihnen gefällt die erste Ausgabe von Karlos Kinderzeitung sehr gut. Tatsächlich freuen wir uns, heute – nicht nur den Kindern –

den Erstling zu präsentieren. Wissenswertes rund um Taschengeld, Junior-Ranger in der Eifel, Jugendschiris und Motoren, ein witziges Preisrätsel – das macht Laune! ► BEILAGE

## Sorge wächst: Europa schlingert

EU-Kommission erwartet eine Rezession – und dass Griechenlands Schulden aus dem Ruder laufen. Immerhin gibt es in Athen einen neuen Regierungschef. Und die Italiener drücken aufs Reformtempo.

Brüssel/Rom/Athen. Die EU-Kommission hat mit alarmierenden Aussagen die Sorgen vor einer Eskalation der Krise in Europa verstärkt. Die Schulden Griechenlands könnten nach Einschätzung der Brüsseler Behörde in den nächsten Jahren völlig aus dem Ruder laufen. Zudem drohe ganz Europa in eine Rezession zu schlittern. Internationaler Währungsfonds (IWF) und EU-Kommission riefen Griechenland und Italien dazu auf, endlich für politische Klarheit zu sorgen.

Gestern schien es nach tagelangem Gezerre in beiden Ländern mit der Regierungsbildung voranzugehen. Sozialisten und Konservative in Athen einigten sich darauf, dass der frühere Vizepräsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Lucas Papademos, Ministerpräsident einer Übergangsregierung werden soll. In Italien schienen die Chancen für Ex-EU-Kommissar Mario Monti zu steigen, Nachfolger von Silvio Berlusconi

zu werden. Die Lage am italienischen Anleihemarkt entspannte sich zudem deutlich.

Wenn die Hilfe für Athen nicht greife, werde die griechische Verschuldung 2012 und 2013 jeweils knapp 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen, warnte die EU-Kommission. Das wäre mehr als das Dreifache der in der EU erlaubten Grenze von höchstens 60 Prozent der Wirtschaftsleistung. Für 2011 wird die griechische Verschuldung auf knapp 163 Prozent geschätzt.

„Das Wachstum in Europa ist zum Stillstand gekommen, und es besteht das Risiko einer erneuten Rezession“, erklärte EU-Währungskommissar Olli Rehn. Die Wirtschaft werde bis weit ins Jahr 2012 hinein stagnieren. Diese Flaute, Schuldenprobleme und der Finanzsektor „scheinen sich in einem Teufelskreis gegensei-

tig zu beeinträchtigen“, so die EU-Behörde. Für die Eurozone erwartet Rehn im kommenden Jahr nur noch ein Mini-Wachstum von 0,5 Prozent nach 1,5 Prozent im laufenden Jahr. Für 2013 werden 1,3 Prozent angenommen. Deutschland werde im kommenden Jahr keine Konjunkturlokomotive mehr sein. Die deutsche Wirtschaft wachse voraussichtlich nur noch um 0,8 Prozent; im Folgejahr sollen es 1,5 Prozent sein.

Italien, das besonders unter dem Druck der Finanzmärkte steht,

Wird Regierungschef in Griechenland: Lucas Papademos. Foto: Ute Grabowsky/photothek.net



wird laut der Prognose zum Jahresende in die Rezession rutschen. Griechenland dürfte bis Ende 2012 darin verharren und erst 2013 wieder ein Mini-Wachstum erzielen.

In Italien deutete sich die Bildung einer Übergangsregierung unter Ex-EU-Kommissar Monti an. Neuwahlen wären damit vom Tisch. Wie es aus Regierungskreisen hieß, hatte der noch amtierende Regierungschef Silvio Berlusconi in einer Krisensitzung erklärt, eine Übergangsregierung sei unumgänglich. Auch einer Regierung unter Monti stehe er offen gegenüber. Bis zum Samstag will das italienische Parlament die Brüssel zugesagten Reformen verabschieden. Nachdem sie beschlossen sind – das hatte er angekündigt – will Berlusconi abtreten.

Die EZB forderte gestern „alle Regierungen des Euroraums auf, die Umsetzung substanzialer und umfassender Strukturformen dringend zu beschleunigen“. (dpa) ► Berichte Seite 2 und Wirtschaft

### HEUTE IM LOKALTEIL

#### ► Der Stau bleibt ein Normalzustand

In der verkehrsstarken Vorweihnachtszeit ist unter Aachens Autofahrern Geduld gefragt. Wegen der zahlreichen Baustellen auf den Zufahrtsstraßen sind Staus unvermeidlich. Als kritischste Knotenpunkte gelten insbesondere Hansemann- und Kaiserplatz.

#### ► Weiter freie Fahrt für Bierbikes

#### ► Bankräuber kam am frühen Morgen

### HEUTE MIT



### KURZ NOTIERT

#### NRW-Innovationspreis an Aachener Professor

Aachen. Der Leiter des Fraunhofer-Instituts für Lasertechnik (ILT) an der RHTH Aachen, Professor Reinhart Poprawe, wird mit dem diesjährigen Innovationspreis NRW ausgezeichnet. Das wurde gestern in Düsseldorf bekanntgegeben. Der mit 100 000 Euro dotierte Preis würdigt die marktreife Entwicklung eines Verfahrens am ILT, mit dem man Bauteile und Implantate in einem Laserdrucker herstellen kann. (abt) ► Wirtschaft

### DER, DIE, DAS

#### Polizei rettet vier Haien das Leben

Die Polizei hat in Langenfeld bei Düsseldorf vier Haien das Leben gerettet. In der Nacht zum Donnerstag hatte eine Frau sie aufgeregt um Hilfe gebeten, da ihre Haie zu sterben drohten. Die Tiere waren als Stars einer Hai-Show im Aquarium unterwegs, als dessen Belüftung ausfiel. Die Polizei machte eine Fachfirma auffindig, die umgehend die Tiere mit Sauerstoff versorgte. Die Besitzerin war glücklich – den Haien konnte die Polizei das nicht so ansehen.



### FAMILIENANZEIGEN

Heute im Produkt Lokales

### KONTAKT

Zeitungsverlag Aachen GmbH Postfach 500 110, 52085 Aachen

Aboservice: Telefon: 02 41 / 51 01 - 701 Fax: 02 41 / 51 01 - 790

Anzeigenberatung: Telefon: 02 41 / 51 01 - 700 Fax: 02 41 / 51 01 - 790

Redaktion: Telefon: 02 41 / 51 01 - 310 (montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr) Fax: 02 41 / 51 01 - 360

Verlag (Zentrale): Telefon: 02 41 / 51 01 - 0 E-Mail: servicecenter@zeitungsverlag-aachen.de

AN im Internet: an-online.de



### Was plant Ramsauer konkret?

Erstens: Verkehrsteilnehmer sol-

Immer mehr Unfälle passieren unter Medikamenteneinfluss. Was soll hier verbessert werden?

Alkohol oder andere Rauschmittel waren 2010 bei etwa 16 000 Unfällen mit Verletzten die Ursache. Daher will Ramsauer mit dem Gesundheitsministerium besprechen, ob bei den Beipackzetteln bestimmter Medikamenten deutlicher auf eine mögliche Einschränkung der Fahrtüchtigkeit hingewiesen werden kann.

### An vielen Unfällen sind Radler beteiligt. Kommt eine Helmpflicht?

Nein, noch nicht. Aber das Tragen eines Helms wird von Ramsauer dringend empfohlen. Bei Kindern bis zehn Jahre tragen nur 38 Prozent einen Helm tragen. 2010 wurden von der Polizei 71 103 Radfahrer als Beteiligte bei Unfällen mit Verletzten registriert. Über 62 000 Radfahrer wurden verletzt, 381 getötet. Jeder zehnte Tote im Straßenverkehr ist damit ein Radfahrer. (dpa) ► Kommentar Seite 2

## Auf zum Krippengipfel

Kita-Ausbau: Ministerin lädt Bürgermeister ein

VON JOHANNES NITSCHMANN

Düsseldorf. Angesichts des stockenden Ausbaus bei den Kindergartenplätzen für die Unterdreijährigen (U3) will NRW-Familienministerin Ute Schäfer (SPD) Ende des Jahres alle Oberbürgermeister und Bürgermeister zu einer „Krippenkonzferenz“ nach Düsseldorf einladen. Auf dieser Konferenz müsse geklärt werden, „wo genau die Probleme beim U3-Ausbau liegen“, erklärte Schäfer gestern im Familienausschuss des Landtags. Konkret müsse es um die Beseitigung „bürokratischer und technischer Hürden“ bei der Schaffung zusätzlicher Kindergartenplätze gehen. Die angestrebte Versorgungsquote von 32 Prozent im U3-Bereich könne in den kommenden zwei Jahren nur realisiert werden, „wenn alle an einem Strang ziehen“, sagte Schäfer.

Derzeit fehlen in NRW 44 000 U3-Plätze, um bis zum Jahre 2013 eine landesweite Versorgungsquote von 32 Prozent erfüllen zu können. Diese Quote sieht der dann in Kraft tretende Rechtsanspruch auf einen U3-Platz vor. Derzeit gibt es in den etwa 10 000 Kindertageseinrichtungen an Rhein und Ruhr rund 100 000 U3-Plätze. NRW ist mit einer Betreuungsquote von 15,9 Prozent bundesweit Schlusslicht bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen für Unterdreijährige.

Alle fünf Landtagsfraktionen begrüßten die Initiative der Ministerin zur Einberufung einer „Krippenkonzferenz“. Allerdings verlangten die Vertreter von CDU, FDP und Linksfraktion, neben den Kommunen auch die freien Träger, die Wohlfahrtsverbände und Elternvertreter an diesem „Krisengipfel“ zu beteiligen.